

81.546

**Interpellation Mascarin.****Uran aus Namibia****Uranium en provenance de Namibie**

Siehe Jahr 1982, Seite 556

Voir année 1982, page 556

*Diskussion – Discussion*

**Frau Mascarin:** Bereits 1974 hat der Namibia-Rat der UNO ein Dekret erlassen, das den Export von Rohstoffen aus Namibia verbietet, solange Namibia von Südafrika besetzt gehalten wird. Zweck dieses UNO-Dekretes ist es, die Ausbeutung der Rohstoffe von Namibia zu verhindern, sei es durch die Besatzungsmacht oder durch multinationale Konzerne, die Südafrika genehm sind. Nun läuft das schweizerische Atomkraftwerk Mühleberg mit massgeblichen Mengen Uran aus Namibia. Von den anderen schweizerischen Atomkraftwerken weiss ich nicht, woher das Uran kommt. Der Bundesrat erklärt sich in der Antwort auf meine Interpellation auch ausserstande, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Mühleberg jedenfalls gibt auf Anfrage hin ohne weiteres zu, dass das Kraftwerk mit Uran aus Namibia arbeitet. Der Bundesrat schreibt in seiner Antwort allerdings, er wisse auch hier nichts Genaues. Offensichtlich will er nichts Genaueres wissen über den ursprünglichen Herkunftsort des Urans.

Die Kernkraftwerksgesellschaften haben völlig freie Hand, wo sie den Kernbrennstoff einkaufen, wo sie ihn anreichern und wo sie ihn zu Brennelementen verarbeiten lassen. Bei der Einfuhr in die Schweiz müssen nur der Ort der Anreicherung und der Ort der Herstellung von Brennelementen angegeben werden. Das ursprüngliche Herkunftsland bleibt in einem diskreten Dunkel, und was die Bundesbehörden offiziell nicht wissen, dafür brauchen sie offensichtlich auch politisch keine Verantwortung zu tragen. Internationale Konzerne sind ja auch nicht politisch verantwortlich zu machen. Es ist für mich eine höchst unakzeptable Situation, dass der Bundesrat sich hier um die politische Verantwortung herummanövrieren will. Unakzeptabel ist das mir deswegen, weil die Schweiz extrem auslandabhängig ist bei der Beschaffung von Uran. Unakzeptabel deshalb, weil hier die aussenpolitischen Beziehungen der Schweiz ganz massgeblich von privaten Konzernen einseitig festgelegt und Korrekturmöglichkeiten von seiten der politischen Behörden angeblich nicht möglich sind.

Die ganze Problematik des völkerrechtlich widerrechtlich in Namibia beschafften Urans ist nicht eine juristische Frage. Da bin ich ganz anderer Meinung als der Bundesrat in seiner Antwort, der das Problem rein juristisch angeht. Es ist nicht eine juristische Frage, sondern es ist eine Frage der Aussenpolitik der Schweiz. Abgesehen davon hat das Namibia-Dekret Nummer 1 der UNO-Vollversammlung mehr Gewicht als eine andere Resolution der UNO-Vollversammlung. Aus zwei Gründen: weil das Dekret sich abstützt auf ein völkerrechtlich anerkanntes Prinzip, dass die Nationen selber über ihre Rohstoffe und deren Ausbeutung bestimmen können sollen und nicht etwa die Besatzungsmacht, und weil zweitens das Namibia-Dekret sich anlehnt an eine Resolution des Sicherheitsrates von 1971. Derartige Beschlüsse des Sicherheitsrates sind ja viel verbindlicher. Der damalige Beschluss des Sicherheitsrates von 1971 forderte sämtliche Staaten auf, ihre Verträge mit Südafrika, sofern Namibia mit betroffen war, zu überprüfen und zu revidieren. Der Sicherheitsrat machte sämtliche Staaten darauf aufmerksam, dass eine künftige Klage einer künftig unabhängigen namibischen Regierung zu Recht erfolgen werde und Schadenersatzforderungen zu Recht erfolgen werden für Rohstoffe, die aus Namibia widerrechtlich bezogen wurden. Es ist nun

ganz klar, dass die Anwendung dieses Namibia-Dekrets eine Frage des politischen Willens der westlichen Industrienationen, darunter auch der Schweiz, ist. Gerade jetzt, wo in den Verhandlungen über die Entlassung von Namibia in die Selbständigkeit sich gewisse Fortschritte abzuzeichnen scheinen, meine ich, sind derartige Rohstoffausbeutungen in einem besetzten Land und deren Verwendung in der Schweiz dem schweizerischen Image im Ausland abträglich. Ebenso sind sie den Beziehungen der Schweiz zu allen anderen Staaten, insbesondere den schwarzafrikanischen, auf die wir ja auch angewiesen sind, abträglich.

Diesen ganzen politischen Aspekt klammert der Bundesrat in seiner Antwort völlig aus. Zu der in Zug domizilierten Firma RTZ Mineral Service LTD möchte ich nur sagen, dass es klar ist, dass das Uran von dieser Firma nicht physikalisch via Schweiz nach Japan verschoben wurde, sondern nur auf dem Papier, und dazu brauchte sie offensichtlich keine Genehmigung von irgendwelchen Bundesbehörden. Es ist aber offensichtlich, dass das namibische Uran in Japan nicht als solches deklariert und verkauft wurde, weil Japan zu jener Zeit einen Importstopp für namibisches Uran verfügt hatte. Es besteht hier offensichtlich eine Lücke in der schweizerischen Gesetzgebung, die von derartigen Briefkastenfirmen ausgenutzt wird. Solche Briefkastenfirmen kommen ja auch wegen solchen Gesetzeslücken in die Schweiz, und auch hier meint der Bundesrat, dass ihn keine politische Verantwortung für das Geschäftsgebaren derartiger Firmen trifft. Da bin ich anderer Meinung. Das Geschäftsgebaren derartiger Firmen prägt eben auch das Image der Schweiz in der übrigen Welt, und es dient sicher nicht zu unserem besten.

Ich bin also von der Antwort insbesondere deswegen absolut unbefriedigt, weil der Bundesrat keinerlei politische Verantwortung für derartiges Geschehen übernehmen will.

**M. Aubert, conseiller fédéral:** Je crois qu'il sera difficile de nous entendre avec Mme Mascarin lorsqu'elle prétend que le Conseil fédéral ne veut rien savoir de la provenance de l'uranium utilisé par des entreprises nucléaires suisses privées et qu'il rejette sa «responsabilité politique».

Je voudrais remettre l'église au milieu du village et rappeler que notre législation – peut-être lacunaire – dispose, à l'article 4 de la loi fédérale sur l'utilisation pacifique de l'énergie atomique, du 23 décembre 1959, qu'une autorisation de la Confédération est requise pour le transport, la remise à la réception et toute autre forme de détention de combustible nucléaire et de résidus radioactifs. Une autorisation est également requise pour le transit, pour l'importation et l'exportation de combustible et de résidus. Les autorisations d'importation sont accordées par l'Office fédéral de l'énergie.

L'administration fédérale est sans doute en possession de certains renseignements, en particulier sur les lieux d'extraction du combustible, mais – vous le savez Madame Mascarin – ce combustible nucléaire doit suivre différentes phases de fabrication. La conversion de l'uranium en une matière qui puisse être enrichie, l'enrichissement lui-même, la fabrication des éléments combustibles se font à l'étranger, hors du contrôle de la Suisse. Dès lors, il n'est pas possible de déterminer l'origine du minerai utilisé pour le produit d'uranium enrichi pour lequel nous délivrons des autorisations d'importation. De plus, des minerais d'origines différentes sont mélangés tout au long des phases de fabrication que je viens d'énumérer.

Cela dit, le Conseil fédéral ne dispose d'aucune base légale lui permettant d'intervenir. Il ne s'agit donc, de la part du Conseil fédéral, ni de mauvaise volonté ni d'un refus de prendre ses responsabilités. Au demeurant, comme nous vous l'avons dit dans notre réponse, les décisions du «Conseil pour la Namibie» ne sont que des recommandations; elles n'ont aucune valeur juridique contraignante, même pour les membres dudit conseil.

Enfin, en ce qui concerne la «Rio Tinto Zinc», RTZ, Mineral Service Limited avec siège social à Zoug, cette société n'a jamais demandé d'autorisation aux autorités suisses et rien

ne nous permet d'intervenir sur des transactions qu'elle organiserait en dehors de Suisse entre des pays tiers.

**Le président:** L'auteur de l'interpellation, Mme Mascarin, n'est pas satisfaite de la réponse.

83.496

**Interpellation (Alder)-Müller-Aargau.  
Korrespondenzwahlrecht der Ausländer  
Interpellation (Alder)-Müller-Argovie.  
Vote par correspondance des étrangers**

Siehe Jahrgang 1983, Seite 1544  
Voir année 1983, page 1544

**Müller-Aargau:** Ich habe die Interpellation von Kollege Alder übernommen und möchte versuchen, das, was Herr Alder in der Diskussion sicher gesagt hätte, in ähnlicher Weise vorzutragen.

Das Thema «Korrespondenzwahlrecht für Ausländer» hat meinen Kollegen Alder über lange Zeit beschäftigt. Im Vordergrund stand für ihn die Tatsache, dass der Bundesrat den in der Schweiz wohnenden Ausländer verbietet, auf dem Korrespondenzweg oder über ihre Konsulate an Abstimmungen in ihrer Heimat teilzunehmen, auch wenn ihnen dies gestattet wird vom Recht in ihrer Heimat. Es betrifft Portugiesen, Spanier, aber auch Franzosen und Schweden. Das Verbot des Bundesrates beruht – nach der Überzeugung von Herr Alder – auf keiner rechtlichen Grundlage. Es handelt sich um eine Praxis, die darauf gründet, dass der Bundesrat ganz einfach Angst hat, dass es in der Schweiz eine Art Abstimmungskampf unter diesen Ausländern geben könnte. Unter dem demokratischen Blickwinkel erachten wir diese Praxis als absolut haltlos. Dementsprechend reichte Herr Alder schon im Jahre 1980 ein Postulat ein, und genau das gleiche Postulat hat auch Ständerat Generali in seinem Rat eingereicht. Die Vorstösse wurden überwiesen.

Um auf europäischer Ebene nachzudoppeln, hat Herr Alder einen entsprechenden Vorstoss im Europarat gemacht. Der Vorstoss ist überwiesen und von der Juristischen Kommission bearbeitet worden. Mit der Empfehlung Nummer 951, welche von der Parlamentarischen Versammlung mit grossem Mehr angenommen wurde, ist das Ministerkomitee aufgefordert worden, entsprechende Schritte zu unternehmen. Soviel zur Sachlage.

Herr Alder hat nun im Sinne einer Rückkoppelung am 22. Juni 1983 nachgedoppelt, aber die Antwort des Bundesrates, die jetzt vorliegt, ist erneut ausweichend. Weiterhin will der Bundesrat keinen zwingenden Grund sehen, die vom Interpellanten geforderte Liberalisierung in die Tat umzusetzen. Besonders eigenartig mutet an, dass der Bundesrat nun dieses Korrespondenzwahlrecht für Ausländer mit dem Recht der Auslandschweizer verkoppelt, ein Gleiches tun zu können.

Wir sind weiter noch der Meinung, dass die Antwort des Bundesrates unzureichend oder unannehmbar ist, da die Empfehlung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates an die Adresse der Mitgliedstaaten, und nicht an die Adresse des Ministerkomitees, gerichtet ist. Es besteht also kein Grund, nun die Weisung des Ministerkomitees abzuwarten. Indem der Bundesrat erst nach dem Beschluss des Ministerkomitees seine Haltung festlegen möchte, ignoriert er den entsprechenden Appell der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Er setzt sich, ohne ein Wort darüber zu verlieren, über die von der Parlamentarischen Versammlung erlassene Empfehlung hinweg. Diese Miss-

achtung der Tätigkeit der Parlamentarischen Versammlung muss hier und heute angeprangert werden. Inzwischen hat die Expertenkommission die Empfehlung der Parlamentarischen Versammlung bearbeitet; sie wird an die entsprechenden Minister der Staaten weitergeleitet.

Man kann sich fragen, was das Bekenntnis des Bundesrates zum Europarat wert ist, beispielsweise in den neuen Regierungsrichtlinien, wenn der Bundesrat in derart klaren Fällen die Empfehlungen der Parlamentarischen Versammlung an die Mitgliedstaaten einfach ignoriert.

Zusammenfassend halte ich nochmals fest: Es liegen zwei Postulate aus den beiden Kammern des Parlamentes vor; eine Empfehlung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sowie eine Interpellation meines Kollegen Alder an den Bundesrat wegen des Korrespondenzwahlrechts für die Ausländer. Was braucht es also noch, um den Bundesrat zu veranlassen, dieses Verbot aufzuheben?

Ich erkläre mich in diesem Sinne also nicht befriedigt von der Antwort und vor allem aber von der Haltung des Bundesrates.

**M. Aubert, conseiller fédéral:** Je remercie M. Müller de son intervention. Lorsque nous avons, au mois d'août 1983, répondu par écrit à l'interpellation de M. Alder, nous venions d'ouvrir une procédure de consultation sur le vote des Suisses de l'étranger, dont l'échéance avait été fixée au 30 novembre 1983, donc postérieurement à la réponse du Conseil fédéral à M. Alder.

Le Conseil fédéral est en train d'examiner les résultats de cette procédure de consultation et de préparer un rapport. C'est sur la base de ce rapport que seront élaborées les propositions qu'il présentera au sujet du vote des Suisses de l'étranger.

Le Conseil fédéral devra également réexaminer le problème du vote des étrangers en Suisse, son interdiction n'ayant pas de base légale, comme l'a relevé M. Müller. De même, le Conseil fédéral sera appelé à examiner, au vu des résultats de cette consultation, s'il y a lieu de maintenir un parallèle entre ces deux problèmes. Il est possible qu'on puisse les dissocier et traiter séparément celui du vote des étrangers en Suisse.

**Le président:** M. Müller est invité à déclarer s'il est satisfait ou non de la réponse du Conseil fédéral.

**Müller-Aargau:** Ich erwarte diesen Bericht mit Spannung und werde daraus dann die Haltung des Bundesrates ersehen. Insofern kann ich mich teilweise befriedigt erklären.

83.582

**Interpellation Braunschweig  
Nato-Nachrüstungsbeschluss und die Schweiz  
La Suisse et les mesures de l'OTAN  
visant au rétablissement  
de l'équilibre des forces en Europe**

Siehe Jahrgang 1983, Seite 1864  
Voir année 1983, page 1864

*Diskussion – Discussion*

**Braunschweig:** Ich habe Ende der letzten Session aus zwei Gründen um Diskussion gebeten. Der erste Grund: Seit dem 28. September 1983, da ich meine Interpellation eingereicht habe, sind etliche Monate verstrichen, und zahlreiche Entwicklungen haben sich vor unseren Augen abgespielt, an denen unser Land ebenfalls teilweise beteiligt war. Ich

## **Interpellation Mascarin. Uran aus Namibia**

### **Interpellation Mascarin. Uranium en provenance de Namibie**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1984
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	13
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	81.546
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	21.03.1984 - 15:00
Date	
Data	
Seite	345-346
Page	
Pagina	
Ref. No	20 012 284

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.